

Ja zur neuen, alten Finanzordnung

Zugegeben, die zweite Vorlage, über die wir neben «No Billag» am 4. März abstimmen, trägt einen etwas grotesken Namen: Es geht um den «Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021». Der Name lässt vermuten, man wolle damit ein komplett neues Finanzkonstrukt zur Finanzierung des Bundeshaushalts aufbauen. Tatsächlich geht es genau um das Gegenteil: Man will den Status Quo sichern.

Der Inhalt der Vorlage hat schlicht und einfach zum Ziel, dass der Bund seine zwei wichtigsten Einnahmequellen, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer, bis 2035 erheben darf. Gäbe es diesen Beschluss nicht, würde Ende 2020 für beide Steuern die Verfassungsgrundlage fehlen. Dem Bund würden dann 43,5 Milliarden Franken oder rund 65% seiner Einnahmen fehlen.

Dass man über die neue, alte Finanzordnung abstimmt, hat historische Gründe: Bis zum 2. Weltkrieg hat der Bund in Friedenszeiten keine Steuern erhoben. Er deckte seine Ausgaben durch Zölle, während das Recht, Steuern einzutreiben, den Gemeinden und Kantonen vorbehalten war. Im Krieg allerdings erhob der Bund dann via Notrecht doch Steuern, um die gestiegenen Verteidigungskosten decken zu können. Aus diesem Notrecht wurde dann 1958 die «Wehrsteuer»,

daneben wurde die «Warenumsatzsteuer» eingeführt – die beiden Vorläufer der Bundes- und der Mehrwertsteuer, über die wir nun abstimmen. Um die Kantone für die Steuer gewinnen zu können, wurde die Einführung seinerzeit befristet. Und genau so ist es bis heute: Die Verfassungsgrundlage stellt bis heute sicher, dass Volk und Stände sich regelmässig zur Finanzordnung des Bundes äussern können.

Dieses Recht gilt es nun wieder wahrzunehmen. Wobei das Recht mehr oder weniger zur Pflicht verkommen ist. Ein Nein zur Vorlage würde nämlich schlicht und einfach den Bankrott des Bundes bedeuten. Parlament und Volk justieren den Bundeshaushalt mittels Budget, Finanzbeschlüssen, Initiativen etc. mit sehr viel feineren Stellschrauben als mit einem Vorschlaghammer, mit dem wir einfach mal mir nichts dir nichts die grössten und entscheidendsten Zuflüsse zertrümmern.

Es ist nie gut, wenn man in der Politik ein Vorhaben als «alternativlos» bezeichnet. In diesem Falle erlaube ich mir aber dieses Attribut, zumal sowohl der National- wie auch der Ständerat den Beschluss einstimmig verabschiedet haben. Bitte stimmen auch Sie der neuen Finanzordnung zu, um schlicht und einfach die Zukunft unseres Staatswesens zu sichern.

Stefan Müller, Nationalrat, Herbetwil

Abobeitrag 2018

Unser CVP Persönlich soll sich nach Möglichkeit aus den Abobeiträgen finanzieren und die Parteikasse nicht noch zusätzlich belasten. Wir bitten Sie deshalb, den nach wie vor bescheidenen Abobeitrag von CHF 30.- möglichst bald einzuzahlen. Und wenn Sie etwas mehr tun

wollen, dürfen Sie den Beitrag auch um soviel aufrunden, wie Sie mögen. Die ehrenamtlich tätige Redaktion ist Ihnen genauso dankbar wie der Vorstand. Ein Einzahlungsschein liegt dieser Ausgabe bei. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Agenda

► Sonntag, 4. März 2018
Eidg. Abstimmungstermin
(Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren und Neue Finanzordnung)

► Donnerstag, 26. April 2018
19.30 Uhr, Rest. Rössli Oensingen
Delegiertenversammlung der CVP Kanton Solothurn

► Sonntag, 10. Juni 2018
Eidg. Abstimmungstermin

► Dienstag, 23. August 2018
19.30 Uhr, Rest. Rössli Oensingen
Delegiertenversammlung der CVP Kanton Solothurn

Adressen

Präsidentin CVP Kanton Solothurn
Sandra Kolly, Fülenbacherstrasse 32,
4623 Neuendorf, Telefon 079 372 88 69
praesidium@cvp-so.ch

Sekretariat CVP Kanton Solothurn
Glenn Steiger, Birnenweg 16, 4112 Bättwil
Telefon 076 815 41 12, info@cvp-so.ch

Finanzen
Brigitte Lüthi-Kofmel, Bergackerstrasse 5,
4557 Horriwil, Telefon 032 614 15 54,
finanzen@cvp-so.ch

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchsi, 4552 Derendingen
Konto CH81 8093 8000 0038 5846 9,
Postkonto 45-3537-6

JCVP Kanton Solothurn
Simon Grünig, Hauptstrasse 10, 4552 Derendingen
Mobile 079 266 09 69, simon.gruenig@jcvp-so.ch

CVP 60+ Kanton Solothurn
Peter Henzi, Maulbeerweg 18, 4512 Bellach,
Telefon 032 618 13 07, cvp60plus@cvp-so.ch

Impressum

Redaktion «Persönlich»
Ueli Custer
Erlenweg 13, 4514 Lommiswil
redaktion@cvp-so.ch

Herausgeber
CVP Kanton Solothurn

Jahresabonnement
CHF 30.- (4 Ausgaben)

Redaktion
Ueli Custer
in Zusammenarbeit mit dem Präsidium
der Kantonalpartei und Vertretern der JCVP,
der CVP 60+, des Kantonsrates und der
eidgenössischen Räte

Gestaltung und Realisation
Brandl & Schärer AG, Olten
www.brandl.ch

Druck
Druckerei Schöni, Zuchwil

CVP im Internet
www.cvp-so.ch
info@cvp-so.ch
www.jcvp-so.ch



Von Steuern und Abgaben

Die kommenden Abstimmungen stehen ganz im Zeichen vom schönen Mamon. Bei der einen sollen Steuern beibehalten und bei der anderen die Abgaben gestrichen werden. Es ist zuweilen eine spannende Frage, wie das Ganze früher abliefe, in einer Zeit, als es noch kein Geld gab. Da wurden Abgaben durch Sachgüter entrichtet und der Lehenherr bekam den Zehnten von dem, was der Untergebene erarbeitet hatte. Der Fischer brachte einen Korb vom letzten Fang und der Bäcker einen Korb voller Brote. Es waren einfachere Zeiten und des Königs Liebling war natürlich der Braumeister.

Mit dem Aufkommen des Geldes wurde das Sachgut durch den Taler ersetzt und Steuern konnten einfacher erhoben werden, wenn sie auch nicht mehr so gut schmeckten wie Fisch, Brot oder Bier. Das wiederum förderte die Kreativität einiger Steuervögte und sie liefen zur Höchstform auf. Kuriositäten wie die Bartsteuer, die Perückensteuer oder die Fenstersteuer zeichneten den Höhepunkt dieser Zeit. Eine Steuer auf Katzen war da wohl einigen Appenzellern oder Tessinern zu deftig und wie das ausging, wissen wir ja heute nur zu gut.

In der heutigen Zeit wurden die kreativen Köpfe leider durch allzu grosse Langweiler ersetzt und so müssen wir heute einfach Geld für Fernsehgebühren oder den Mehrwert von Waren entrichten. Wobei es oft schon mit einem Knopfdruck am Computer getan ist und die Überweisung ist vollzogen. Von der Bank um die Ecke, über einige Hundert Kilometer Kabel aufs Konto des Finanzdirektors.

Doch sollten wir dabei eines nicht vergessen: Steuern und Abgaben sind heutzutage vor allem ein Beitrag ans Gemeinwohl. Ein Beitrag, der Randregionen regionale Nachrichten und Gehörlosen eine verständliche Tagesschau ermöglicht. Und einen solchen Beitrag sollte eigentlich jeder von uns leisten wollen.

Simon Grünig, Präsident Junge CVP Kanton Solothurn



Die CVP des Kantons Solothurn informiert.
Ausgabe Nr. 1/2018

Persönlich

Ohne Gebühren keine SRG und weniger Information

Sollte am 4. März 2018 die No-Billag-Initiative angenommen werden, wird die SRG verschwinden. Theoretisch denkbar wäre zwar ein Schmalspurangebot wie in den Siebzigerjahren des letzten Jahrtausends. Dies würde aber nicht dem Unternehmenszweck der SRG entsprechen.

In der erbittert geführten Diskussion um die No-Billag-Initiative fällt eines immer wieder auf: Die Befürworter der Initiative erhoffen sich davon (wie seinerzeit Helmut Kohl für die Ex-DDR nach der Wende) «Blühende Landschaften». Sie verstehen darunter ein reichhaltigeres Angebot bei Radio und Fernsehen, befreit von den «Zwangsgebühren».

Von 2222 auf 593 Millionen Franken

Befasst man sich dagegen mit Fakten, wird schnell klar, dass das Gegenteil der Fall sein wird. Die Rechnung ist ganz einfach (siehe auch Grafik auf Seite 2): 2016 standen in der Schweiz für die Produktion von Fernseh- und Radiosendungen insgesamt 2222 Millionen Franken zur Verfügung. Davon stammten 59 Prozent aus Gebüh-

reneinnahmen (Quelle: Bakom) und die restlichen 775 Millionen Franken aus Werbung und Sponsoring (Quelle: Werbestatistik Schweiz). Davon gingen aber nur gerade 446 Millionen Franken an schweizerische Programmveranstalter. Die restlichen 328 Millionen Franken flossen in Werbefenster in ausländischen Programmen und finanzierten praktisch keine schweizerischen Programmangebote. Ohne Gebühren blieben also gerade noch 593 Millionen Franken oder 26,7 Prozent des bisherigen Volumens übrig.

Heutiges Infoangebot der SRG kostet 605 Millionen Franken

Allerdings gab die SRG 2016 gemäss Geschäftsbericht mit 605 Millionen Franken allein für den



Editorial «Zeichen setzen ist ein Spiel mit dem Feuer»

Die hitzigen Diskussionen im Abstimmungskampf der No-Billag-Initiative erinnern mich grad mehrfach an die Masseneinwanderungs-Initiative. Nicht nur, dass die Emotionen in etwa gleich hochkochen, sondern auch, was ein bestimmtes Argument für ein Ja betrifft: «Ich will ein Zeichen setzen.» Was soll das bitte schön für ein Zeichen sein? Ja sagen und heimlich auf ein Nein hoffen? Denen von der SRG einen Denkartel verpassen und sich einbilden, sie so zum Sparen zu zwingen und unliebsame TV- und Radiosendungen aus dem Programm verbannen zu können? Auch was die Umsetzung bei einer allfälligen Annahme der Initiative angeht, hat die MEI offenbar ihre Spuren hinterlassen: «Sollte die Initiative angenommen werden, wird sie sowieso nicht wörtlich umgesetzt und die SRG wird ohnehin weiterbestehen», ist ein Kollege von mir überzeugt.

Einig ist man sich wohl darin, dass die SRG-Verantwortlichen so oder so über die Bücher gehen müssen. Aber einfach ein Zeichen setzen zu wollen, ist ein Spiel mit dem Feuer. Hatten wir es in der Vergangenheit tatsächlich oft mit schwammig formulierten Initiativen zu tun, die entsprechend schwer umzusetzen waren, spricht der Verfas-

sungstext der No-Billag-Initiative eine klare Sprache. Er verbietet dem Bund, Radio und Fernsehen zu finanzieren. Eine Annahme würde deshalb bedeuten, dass die SRG liquidiert werden müsste. Denn ohne Gebühren fehlen für die Produktion von TV- und Radiosendungen mehr als 1,3 Milliarden Franken oder 60 Prozent des heutigen Betrages. Dieser Ausfall kann weder durch Werbung noch durch freiwillige Beiträge von Nutzern ausgeglichen werden. Qualitativ hochstehende und unabhängige Informationssendungen würden mit Sicherheit verschwinden, ganz zu schweigen von

der regionalen und viersprachigen Berichterstattung. Vielmehr könnten wir uns wohl nur noch die Meinung des womöglich noch ausländischen Konzessionseigentümers anhören. Auch der hochgelobte Plan B von Gewerbeverband-Direktor Hans-Ulrich Bigler ist untauglich: freiwillige Abo-Gebühr, Werbung, PayTV und Bundessubventionen. Letztere werden vom Verfassungstext der Initiative sogar explizit verboten!

Am 4. März geht es um mehr als «nur» um die Abschaffung der Billag-Gebühren. Der heutige Artikel 93 Absatz 2 in der Bundesverfassung definiert die Qualitätsvorgaben, welche audiovisuelle Medien einhalten müssen, und er garantiert, dass alle Sprachregionen der Schweiz auf ein vielfältiges und ausgewogenes Angebot zählen können. Die Initiative will diesen Absatz 2 abschaffen. Damit startet sie nicht nur einen Frontalangriff auf die Solidarität und den Zusammenhalt zwischen unseren Sprachregionen, sondern auch auf unabhängige Medien und Berichterstattungen und nicht zuletzt auch auf unsere direkte Demokratie. Für mich gibt es darauf nur eine Antwort: NEIN!

Sandra Kolly, Präsidentin CVP Kanton Solothurn



Bereich Information in Radio und Fernsehen in allen vier Sprachregionen mehr Geld aus als die oben erwähnten 593 Millionen Franken, die (theoretisch) ohne Gebühren noch übrig blieben. Dazu kamen für Unterhaltung und Film rund 366 Millionen und für Sport 210 Millionen, total also nochmals 577 Millionen Franken. Das machte dann 2016 insgesamt knapp 1,2 Milliarden Franken. Auch wenn die SRG dank schlanker Produktion mit weniger Geld auskommen könnte, müssten die wegfallenden Gebührgelder irgendwie kompensiert werden. Für die SRG würde das bedeuten, dass sie rund dreimal mehr Einnahmen aus Werbung und Sponsoring erzielen müsste. Über Preiserhöhungen ist das nicht lösbar, da die Werbefenster mit ihren sehr geringen Kosten das Preisniveau fast beliebig drücken können.

Freiwillige Zahlungen sind keine Lösung

Konkret müsste die SRG also mehr als 600 Millionen Franken zusätzliche Einnahmen mit Werbung und Sponsoring erzielen. Der Glaube, dass aus freiwilligen Beiträgen der Bevölkerung namhafte Beträge zusammenkommen würden, ist schlicht und einfach naiv. Das haben alle bisherigen Erfahrungen gezeigt. Das Dilemma ist ja aus dem Netz bestens bekannt und nach wie vor ungelöst: Wenn das Angebot für alle frei zugänglich ist, hat man die Nutzer und kann auch Werbung verkaufen. Wenn es dagegen nur den Zahlern offen steht, schrumpft die Nutzerzahl derart massiv, dass man auch kaum mehr Werbeerlöse verbuchen kann. Das Modell mit den freiwilligen Beiträgen kann deshalb getrost unter «Die Hoffnung stirbt zuletzt» abgebucht werden. Realistisch sind nur frei zugängliche Angebote mit Werbefinanzierung.

Zurück zu Radio Beromünster?

Um in jeder Sprachregion mindestens je ein Radioprogramm betreiben zu können, werden je rund 100 Millionen Franken, also total 300 Millionen Franken benötigt. Dies auf der Basis der 2014 von der SRG noch getrennt nach TV und Radio ausgewiesenen Zahlen und unter der An-

nahme, dass das jetzige Qualitätsniveau wenigstens annähernd gehalten werden sollte. Diese 300 Millionen Franken sind rund doppelt so viel wie der bisherige Radiowerbemarkt hergibt. Da die SRG-Programme aber klare Marktleader sind, sollte das grundsätzlich kein Problem sein. Allerdings ist dann davon auszugehen, dass die nationale Radiowerbung zu 80 bis 90 Prozent in die SRG-Programme fließt. Die Privatradios im dicht besiedelten Mittelland, die jetzt schon ohne Gebühren auskommen, hätten dann im Wesentlichen nur noch die Einnahmen ihrer lokalen Kunden.

Und die privaten Radios in der West- und Südschweiz sowie in den Randgebieten könnten nach ihren eigenen Angaben ohne Gebühren nicht überleben. Im Radiomarkt käme es ohne Gebühren also praktisch zu einem SRG-Monopol. Wir hätten wieder den Zustand wie vor 1982. In jedem Sprachgebiet ein einziges einheimisches Radioprogramm, das es allen recht machen sollte, aber für niemanden richtig ist, weil die Musik sowieso immer falsch ist. Also 40 Jahre zurück zu den Landessendern Beromünster, Sottens und Monte Ceneri. Das ist so ziemlich das Gegenteil dessen, was die No-Billag-Initianten in Aussicht stellen.

Werbefinanzierte SRG-TV-Programme würden Private noch mehr bedrängen

Im Fernsbereich sind die Kostenschätzungen etwas schwieriger. Als Basis soll hier das Tessiner Fernsehen RSI dienen. Dort betrug die Betriebskosten im 2014 (als letztmals TV und Radio separat ausgewiesen wurden) für die beiden Programme gemäss SRG-Geschäftsbericht total 244 Millionen Franken. Da das zweite Tessiner Fernsehprogramm aber kaum Eigenproduktionen ausstrahlt, muss davon ausgegangen werden, dass für das erste Programm wohl rund 200 Millionen Franken benötigt wurden. Hochgerechnet auf die ganze Schweiz, wären das also rund 600 Millionen Franken für je ein TV-Programm. Auch diese müssten aus dem Werbemarkt finanziert werden. 2016 nahm die SRG aus

WENIGER VIELFALT, WENIGER SCHWEIZ.



dem TV-Werbemarkt insgesamt 361 Millionen Franken ein. Die Werbeeinnahmen müssten also um den Faktor 1,7 erhöht werden. Diese Werbung könnte aber nur in drei statt wie heute in sieben Programmen platziert werden. Konkret: Weniger Programme mit jeweils noch mehr Werbung.

Wie weit und ob das zu Lasten der andern Programme gehen würde, ist offen. Klar ist aber, dass deren Leben weitaus schwerer würde. Und die regionalen TV-Programme, die heute von Gebührgeldern profitieren würden, hätten zudem noch mehr Mühe, Werbeeinnahmen zu generieren und deshalb definitiv keine Überlebenschance. Theoretisch müssten die Einschaltpreise für Fernsehwerbung wegen des reduzierten Angebots zwar steigen. Da inzwischen gemäss dem IREM-digiMONITOR 2017 bereits zwei Drittel der Fernsehzuschauer mindestens gelegentlich zeitversetzt fernsehen und so die Werbeblöcke überspringen können, nehmen die Reichweiten der Werbeinseln kontinuierlich ab. Wo das endet, steht im Moment noch in den Sternen. Die langfristige Werbefinanzierung von Fernsehprogrammen ist jedenfalls genauso unsicher wie diejenige von qualifizierten Informationsangeboten im Internet.

Die Schlussfolgerung daraus: Die SRG könnte theoretisch und auf der Basis von heutigen Zahlen allenfalls ein Minimalangebot pro Sprachgebiet weiterhin stemmen. Dieses müsste aber voll über die (notabene konjunktur- und Technologie-abhängige) Werbung finanziert werden. Dadurch würde das Angebot an privaten Programmen eher schrumpfen als wachsen, im Radiobereich vermutlich sogar praktisch ganz verschwinden.

Ohne SRG-Programme schrumpft das Informationsangebot massiv

Doch ein solches Szenario kommt für die SRG sowieso nicht in Frage. Wie Ladina Heimgartner, stellvertretende Generaldirektorin der SRG, am 16. Januar im Medienclub auf TV SRF1 klar erklärte, gibt es die SRG nur, weil sie einen publizistischen Auftrag der Politik hat und dafür Gebühren erhält. Ohne Gebühren entfällt auch der Unternehmensezweck. Deshalb mache es auch keinen Sinn, ein eigenes Alternativszenario zu entwickeln. «Ohne Gebühren gibt es keine SRG mehr», hielt sie unmissverständlich fest. Wenn die SRG den Betrieb einstellt, muss man

davon ausgehen, dass die privaten Anbieter die 600 Millionen Franken Ausgaben für fundierte und umfangreiche Informationsleistungen wegen der nicht vorhandenen Refinanzierbarkeit allerhöchstens zu einem sehr kleinen Teil übernehmen könnten. Dominik Kaiser von der 3+-Gruppe hat sich jedenfalls in der Werbeweise bereits dahingehend geäußert, dass er sich weiterhin auf die Unterhaltung konzentrieren würde. Wie weit dann die AZ Medien mit Tele 24 tatsächlich in die Lücke springen würden bzw. könnten, müsste sich zeigen – vor allem bezüglich der französischen und italienischen Schweiz. Aber auch dann würde das Informationsangebot in Radio und Fernsehen über schweizerische Inhalte massiv abnehmen.

Direkte Demokratie braucht fundierte Informationen

Eine direkte Demokratie ist aber auf umfassende und vielfältige Informationen angewiesen. Das Internet bietet da keinen wirklichen Ersatz. So finden sich in Social-Media-Netzwerken nur subjektiv ausgewählte, persönliche Informationen. Es gibt zwar einige Websites mit Ansätzen zu seriöser Information. Diese erreichen aber nur ein ausgewähltes und kleines Publikum. Zur Meinungsbildung braucht es seriös nach journalistischen Kriterien recherchierte Fakten. Und diese stammen im Internet zum allergrössten Teil von den etablierten Medien. Nur sie bieten Gewähr dafür, dass sich jemand professionell mit einem Thema befasst hat. Eine Leistung, die sich die Presse angesichts der schwindenden Werbeeinnahmen immer weniger gut leisten kann. Die angekündigten Teilfusionen aller Zeitungsredaktionen der Tamedia in der deutschen und französischen Schweiz und zwischen den Regionalzeitungen der NZZ und der AZ Medien sprechen ja eine deutliche Sprache. Sie führen zudem zu einer Schwächung der Schweizerischen Depeschengenerierung SDA, die jetzt 40 Stellen abbauen muss. In der deutschen Schweiz wird es in absehbarer Zukunft nur noch einige wenige Zeitungsredaktionen geben, die nationale und internationale Themen aufarbeiten.

Solidarität hält die Schweiz zusammen

Anhand dieser Überlegungen wird auch klar, dass sich die Initianten von No Billag keinerlei Gedanken über die Konsequenzen ihrer Initiative gemacht haben. Sie wollen mit viel weniger Geld ein grösseres Angebot. Eine Rechnung, die niemals aufgehen kann. Ihnen geht es einzig um das eigene Portemonnaie. Die Solidarität (vor allem unter den Sprachgebieten) ist für sie offensichtlich überflüssig. Das ist einer Demokratie wie der Schweiz unwürdig. Jetzt geht es darum, am 4. März das Grounding zu verhindern. Wie es weitergehen soll, hat die eidgenössische Medienkommission am 22. Januar in ihrem Papier zu den Medien im digitalen Zeitalter bereits festgehalten: «Der Auftrag der SRG ist neu auszuhandeln.» Jetzt gilt es, die nächsten Schritte auf diesem Weg zu tun. Denn es ist nicht Aufgabe der SRG, ihren eigenen Auftrag zu definieren.

Ueli Custer, Analysen im Mediemarkt, 4514 Lommiswil



Sohn Nicola, Ehefrau Ursi, Ehemann Ueli, Nesthäkchen Lukas und Tochter Rahel

Liebe Leserin, lieber Leser

Kurz nach meiner Wahl als Kantonsratspräsident hat sich Ueli Custer, seines Zeichens Chefredaktor des CVP Persönlich, mit den besten Wünschen zur Wahl und mit einem Auftrag an mich gewendet. Nach dem Motto «Würde bringt Bürde» bat Ueli mich, einen Beitrag über mich und meine politischen Schwerpunkte zu schreiben. Dieser Bitte komme ich hier gerne nach.

Die CVP wurde mir, wie man so schön sagt, in die Wiege gelegt, da ich in einer grossen Familie mit sieben Kindern in Mümliswil aufgewachsen bin. Unsere Eltern beschäftigten sich Ende der Sechzigerjahre intensiv mit Erziehungsfragen und so kam es, dass an der Brunnersbergstrasse 231 eine «Räuberhöhle» zu bestaunen war. Die «Räuberhöhle» war unser Spielzimmer, in welchem man auch an die Wand malen durfte oder einen Nagel einschlagen konnte. Für uns ganz normal, war dieses Zimmer im Dorf wohl eine Sensation. Jedenfalls waren alle Kinder, welche uns besuchten, sehr beeindruckt. Es galt bei uns die Regel, «Jede und jeder hilft im Haushalt und Garten» mit und so putzte auch Klein-Urs das WC oder die Schuhe oder half beim «Trübeliablesen». Da meine Mutter Vizepräsidentin im Kirchgemeinderat war, war der Bezug zur Kirche gross. Ob als Ministrant oder als gewöhnlicher Kirchengänger, ich verbrachte viel Zeit in der Kirche oder an kirchlichen Anlässen. Dabei habe ich die Zeit nach dem 2. Vatikanischen Konzil als sehr positiv erlebt. Es herrschte in der Kirche eine Aufbruchsstimmung und eine Nähe zu den Menschen, welche mich massgeblich geprägt haben.

Neben der Kirche war natürlich auch die Schule ein Thema. So besuchte ich die Primarschule in Mümliswil und später die Bezirksschule in Balsthal, im Sommer übrigens per Velo. Das führte dazu, dass ich die Freude an der Bewegung entdeckte und meine sportliche Seite aktiviert wurde. Wie so viele Junge hatte auch ich damals den Berufswunsch, Pilot zu werden. So begann ich eine Lehre als Maschinenmechaniker bei der Fa. Sulzer in Zuchwil, damals Weltmarktführer im Bereich der Webmaschinenproduktion. Schon bald zeigte sich, dass der Weg zum Piloten aufgrund einer Sehschwäche nicht möglich war, und so wechselte ich ins Lehrerseminar, welches übrigens vier meiner Geschwister ebenfalls besucht haben.

Nach Abschluss des Lehrerseminars, einer RS als Radarsoldat und einem kurzen Intermezzo als Turn- und Sportlehrerstudent in Bern wechselte ich an die Universität Zürich, wo ich Biologie studierte. Politik interessierte mich zu dieser Zeit durchaus, politisch tätig war ich aber nicht. Nach-

dem Ursi und ich geheiratet hatten und unsere Tochter Rahel zur Welt gekommen war, galt es, Geld zu verdienen. So wurde ich Lehrer an der Bezirksschule Solothurn und brachte es dort zum Schulleitungsmitglied. Nebenbei sei bemerkt, dass damals mein grosser Bruder mein Arbeitskollege war. 1997 kam dann unser erster Sohn Nicola zur Welt. Und schon bald danach begann im Jahr 2000 unser Abenteuer in Chur. So war ich zuerst als Leiter des Umweltlabors, anschliessend als stellvertretender Kantonschemiker in der Ferienecke der Schweiz tätig. Wir erlebten den Wechsel in die Südschweiz als sehr einschneidend, aber auch als äusserst bereichernd. In Chur wurde dann unser zweiter Sohn Lukas geboren, im Fontana-«Spital», wie er heute immer noch stolz erwähnt. Es ist immer wieder speziell, wenn wir alte Filmaufnahmen anschauen, auf denen unsere Kinder im breitesten «Khu-erdialekt» parlieren.

Im Jahr 2007 zogen wir wieder zurück nach Balsthal, wo ich der erste Gesamtschulleiter der neugegründeten Kreisschule Thal wurde. Doch schon bald fragte mich mein ehemaliger Chef aus Chur, welcher in der Zwischenzeit nach Bern gewechselt hatte, an, ob ich nicht sein Stellvertreter werden wolle. Gesagt, getan und so bin ich seit 2009 stellvertretender Kantonschemiker des Kantons Bern.

Mit der Politik ging es erst so richtig im Jahr 2012 los. Anlässlich des Kantonalen Turnfests in Balsthal, welches ich mitorganisiert hatte, fabulierten Stephan Berger und ich über Parlamentarismus. So sagte ich in dieser Diskussion in etwa, «Parlamentarier sein kann ja wohl nicht so schwierig sein, da hast du immer noch 99 andere, welche schuld sein können». Stephan Berger nahm diese Worte auf und Wochen später kam der Bumerang in Form einer Anfrage, ob ich denn, wenn ich schon so grosse Worte in den Mund nähme, nicht als Kantonsratskandidat zur Verfügung stünde. Nach kurzer Bedenkzeit sagte ich zu und aus diesem Grund lesen Sie heute diese Zeilen.

Es ist für mich eine grosse Ehre, als Kantonsratspräsident unseren Kanton, meine Region und natürlich auch unsere Partei repräsentieren zu können. Als Kantonsratspräsident gilt es, das gesamte Parlament und unseren Stand neutral und positiv gegen aussen zu vertreten. Das werde ich mit Freude tun und bei all den Begegnungen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres schönen Kantons auch unsere CVP-Werte einbringen können. Und besonders werde ich mich über die Begegnungen mit Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, freuen!

Ihr Urs Ackermann-Brunner
Kantonsratspräsident, Balsthal

Finanzierung Schweizer TV-Radio-Markt in Millionen CHF

